

Protokoll D-Heim Anlage 1

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Gedenktafelkommission, liebe Experten, liebe Gäste,

zum heutigen Expertenhearing über das Durchgangsheim Alt-Stralau begrüße ich Sie herzlich als Vorsitzende der Gedenktafelkommission des Bezirks und als Stadträtin für Weiterbildung und Kultur. In diesen Funktionen bin ich für die Erinnerungspolitik im Bezirk zuständig. Das bedeutet, dass Vorschläge für Gedenktafeln, Erinnerungszeichen und Straßenbenennungen im öffentlichen Raum in mein Ressort fallen. Die Vorschläge werden im Ausschuss für Kultur und Bildung und in der Gedenktafelkommission diskutiert und gegebenenfalls modifiziert, bevor sie vom Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen – oder auch zurückgewiesen werden.

In der Regel erarbeiten die Gremien ein einvernehmliches oder zumindest von der Mehrheit getragenes Votum, das der BVV und dem Bezirksamt zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Bei dem Thema, das wir heute verhandeln werden, lief das nicht ganz so glatt – es konnte zunächst kein Konsens gefunden werden. Ich muss zugestehen, lieber Herr Husein, dass uns der Antrag der CDU-Fraktion vom Februar 2013, dem die SPD-Fraktion später beigetreten ist, einiges Kopfzerbrechen bereitet und uns schließlich angeregt hat, diese Veranstaltung heute zu organisieren.

Zunächst kurz zum Hintergrund:

In den Räumen der heutigen Thalia-Grundschule auf der Halbinsel Stralau, die zu Friedrichshain gehört, befand sich zwischen 1952 und 1989 das Aufnahme- und Durchgangsheim der Ost-Berliner DDR-Jugendhilfe. Es sollte vorübergehend Kindern und Jugendliche aufnehmen, die sich in prekären Lebenssituationen befanden. Wir werden später mehr darüber hören.

Die Jugendhilfe in Ost-Berlin war seit den 1950er Jahren dem Volksbildungsmagistrat unterstellt. Das Durchgangsheim Alt-Stralau verfolgte nominell das Ziel, „vollwertige sozialistische Persönlichkeiten zu entwickeln“. Wie wir wissen, wurden dabei auch repressive Erziehungsmethoden praktiziert, vor allem in den Spezialheimen und den Jugendwerkhöfen, die für die Opfer bis heute Folgeschäden nach sich ziehen. Ehemalige Insassen berichteten von Isolationszellen, Essenentzug, Prügel, militärischem Drill und Kinderarbeit. Betroffenen waren Kinder und Jugendliche, die sich den in der DDR verbindlich angeordneten gesellschaftlichen Normen nicht anpassen konnten oder wollten oder die unverschuldet in eine Notlage geraten waren, z.B. wegen Tod oder Krankheit der Eltern.

Das Schulgebäude der Thalia-Schule, in dem heute Grundschüler und Grundschülerinnen vorbildlich und kindgerecht unterrichtet und betreut werden, ist ein solches Spezialheim gewesen, ein sogenanntes Aufnahme- und Durchgangsheim. Es hat also eine Geschichte, an die man sich heute nicht unbedingt erinnern möchte. Aber es hilft nichts: Erinnern und Aufarbeiten und Mit-dafür-Sorgen, dass der Missbrauch von Macht gegenüber Schutzbefohlenen nicht wieder passieren kann,

darin sehe ich auch ein Stück nachträglicher Befreiung und Genugtuung für die damaligen Opfer.

Aber wie sollen wir am Ort des damaligen Geschehens erinnern und informieren? Ist eine Gedenktafel der richtige Weg? Gibt es andere Möglichkeiten? Oder soll man darauf verzichten und Bücher und Medienberichte vorziehen? Das wird heute die Frage sein.

Der Satz, den die Thalia-Grundschule auf ihrer Homepage gewählt hat, um die Geschichte des Gebäudes zu erläutern, ist jedenfalls ganz sicher nicht der richtige Weg zu erinnern. Dort heißt es lapidar: „Nachdem die Schule in der DDR als Durchgangsheim für weibliche (aufgegriffene) Jugendliche genutzt wurde und danach als Jugendnotdienst, nahm im Jahr 2000 die Thalia-Grundschule das Gebäude nach umfassender Innen- und Hofneugestaltung als Stammschule in Besitz.“

Wer sind – fragt man sich unweigerlich – die „weiblichen aufgegriffene Jugendlichen“ – unabhängig davon, dass in das Durchgangsheim in den sechziger Jahren auch Jungen eingewiesen wurden.

Um gemeinsam zu besprechen, ob und wie wir als Bezirk an die Geschichte des Durchgangsheimes erinnern können und sollen, dafür haben wir **Sie** heute eingeladen: (persönliche Begrüßungen)

- Betroffene, ehem. Heimbewohner/innen und Erzieher: **Rainer Buchwald, Clemens Lindenu** und **Rüdiger Chladek**
-
- Wissenschaftler, die das damalige Geschehen in den Archiven und durch die Befragung von Zeitzeuginnen aufgearbeitet haben, ich komme gleich noch zu deren Vorstellung.
-
- 2 Autorinnen, **Anja Röhl** und **Silke Kettelhake**, die Heimerfahrungen in West und Ost literarisch bearbeitet haben und vor kurzem Bücher veröffentlichten.
- und es freut mich sehr, dass stellvertretend „für die Politik der Aufarbeitung“ heute hier sind:
- die Berliner Staatssekretärin für Jugend und Familie: **Sigrid Klebba**, die mit unserem Bezirk in besonderer Weise verbunden ist und die Aufarbeitung der Heimerziehungsfolgen und die Entschädigung der Opfer in Berlin federführend organisiert.
sowie:
die Brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, **Ulrike Poppe**, die – wie sie später erläutern wird – auch einen ganz speziellen biografischen Zugang zu unserer Thematik hat.

Mein Bedauern möchte ich ausdrücken darüber, dass es uns trotz vieler Bemühungen nicht gelungen ist, die für das Fachgebiet Kinder- und Jugendhilfe und Heimerziehung zuständigen Professoren der Berliner Hochschulen zur Teilnahme und zum Mitüberlegen zu bewegen. Über die Gründe dafür lässt sich nur spekulieren. Eigentlich hätten wir gehofft, dass sie in Fragen der Aufarbeitung des

Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen in den Berliner Heimen auch unsere Berater sind. Ich bin deshalb umso dankbarer, dass wir mit Herrn **Dr. Christian Sachse** einen für dieses Thema besonders ausgewiesenen Wissenschaftler gewinnen konnten und dass sich **Ingo Skoneczny**, stellvertretender Schulleiter des Petalozzi-Fröbelhauses sich sofort bereit erklärt hat, mitzuwirken. Er ist Vorsitzender des Fachbeirates zur Begleitung der Anlauf- und Beratungsstelle für den Entschädigungsfond für die ehemaligen Heimkinder in Berlin.

(Die zuletzt sehr kontrovers und emotional diskutierte Frage der Entschädigungen wird allerdings heute – und dafür bitte ich um Verständnis – nicht das Thema sein.)

Robert Hall, der als Leiter des Jugendnotdienstes das Durchgangsheim 1990 übernommen hat, musste leider kurzfristig absagen.

In dem abschließenden Panel nach der Pause werden uns zusätzlich beraten: Frau **Juliane Thieme** von der Gedenkstätte Torgau und Herr **Dr. Herbert Scherer**, Geschäftsführer der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder, denen ich herzlich danke, dass Sie Ihre Teilnahme möglich machten. Gerade die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau hat ja einen erheblichen Erfahrungs-Vorsprung in der Erinnerungs- und Gedenkarbeit die DDR-Spezialheime betreffend.

Für die Vorbereitung des heutigen Hearings bei uns im Bezirk danke ich ganz besonders Herrn **Detlef Krenz**, der für unser Bezirksmuseum monatelang recherchiert hat und darüber berichten wird, sowie **Christiana Hoppe** für die Organisation. Da ich im Vorhinein bereits gefragt wurde, was die heutige Tagung kostet und ob das Geld nicht besser in die Entschädigung der Opfer investiert werden sollte, noch der Hinweis, dass wir die Tagung in eigenen Räumen mit eigenem Personal durchführen und der bei weitem überwiegende Teil der Referenten heute ohne Honorar mitwirkt! Die Kosten sind also minimal.

Ich freue mich auch, dass Künstler/innen und Gestalter/innen anwesend sind, die aus ihrer Expertise heraus wertvolle Anregungen für die Umsetzung eines Erinnerungsvorhabens beitragen können.

Zunächst bitte ich jetzt Herrn Husein, den Ursprungsantrag, den wir heute besprechen und die Motivation, ihn an die BVV zu richten, zu erläutern.